

Ein Grundsatzpapier
von
UNI Post
und Logistik

**REGULATE
DEREGULATION**



DIE DEREGULIERUNG REGULIEREN

**QUALITY JOBS
QUALITY SERVICES**



DIE DEREGULIERUNG REGULIEREN

**EIN GRUNDSATZPAPIER VON
UNI POST UND LOGISTIK GLOBAL UNION**

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	3
Zusammenfassung	4
1. Einleitung.....	6
2. Die Ziele der Politik von UNI Post und Logistik	6
3. Universaldienst.....	7
4. Angemessene Regulierung	8
5. Langfristige Investitionen und nachhaltige Entwicklung ...	10
6. Grenzüberschreitende Investitionen und Gewerkschaftspolitik	11
7. Privatisierung.....	12
8. Unternehmensführung	13
9. Eine Zusammenfassung der Stellungnahmen von UNI Global Union zur Regulierung der Deregulierung	14

Vorwort

Wir sind über 2 Millionen Post- und Logistikbeschäftigte und Gewerkschaftsmitglieder in mehr als 100 Ländern. Wir stehen an vorderster Front des weltweiten Post- und Logistiksektors. Wir arbeiten in den Bereichen Bearbeitung, Zustellung, Einzelhandel, Finanzdienstleistungen, Kundendienst, Beförderung und Logistik. Wir sind Postboten, Lkw-Fahrer, Postbearbeiter, Sortierer, Kundendienstbeschäftigte, Bankangestellte, Techniker und Einzelhandelsangestellte. Wir sind sowohl im Süden als auch im industrialisierten Norden tätig und sind alle davon überzeugt, dass Liberalisierung und Privatisierung zu geringerer Qualität sowie höheren Preisen für Basisdienstleistungen führen und eine Schwächung der vertrauten und zuverlässigen Marke „öffentliche Post“ sind.

Wir leisten die Arbeit, um die nationalen und internationalen Postnetze aufrechtzuerhalten. Wir wissen, dass diese globalen Zustellnetze entscheidende Bestandteile unserer wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur sind. Wir sind der Ansicht, dass diese Netze und die Infrastruktur eines effizienten Postdienstes für unsere Gemeinschaften von wesentlicher Bedeutung sind und dass sie ein lebenswichtiger Baustein für die Verbreitung von Wissen und die Ermächtigung der Bürger/innen sind.

Die derzeitige Wirtschaftskrise erzwingt eine Neubewertung unseres früheren Standortes und des künftigen Wegs. Wir sind der Ansicht, dass sich unsere Gewerkschaften, Unternehmensleitungen und Regierungen auf die Bereitstellung eines erschwinglichen Universaldienstes, der von Beschäftigten mit angemessenen Arbeitsplätzen erbracht wird, konzentrieren müssen. Genauer ausgedrückt, vertreten wir folgende Ansichten:

1. **Erschwinglicher Universaldienst.** In jeder Nation sollte eine Regulierungspolitik angenommen werden, die vielmehr Investitionen in unsere Postnetze und die Bereitstellung zuverlässiger und erschwinglicher Universalpostdienste als einen Wettbewerb auf Kosten von Investitionen und Dienstleistungen fördert.
2. **Qualitätsdienst.** Ein qualitätsvoller Kundendienst setzt schnelle, sichere Postdienste voraus, bei dem die Kunden Gewissheit haben, dass ihre Postsendungen sicher und in gutem Zustand ankommen.
3. **Qualitätsarbeitsplätze.** Ohne gut ausgebildete, angemessen entlohnte und stark motivierte Arbeitskräfte sind qualitätsvolle Dienstleistungen nicht zu erzielen.

Dies sind allgemeine Ziele, die von allen Nationen gefördert werden sollten, obwohl die politischen und sozialen Entwicklungen in jedem Land deren Umsetzung mit Sicherheit beeinflussen werden.

Diese Grundsatzerklärung von UNI umreißt die Fragen, die UNI und ihre Mitgliedsorganisationen angehen müssen im Bestreben, die kollektive Aktion zur Unterstützung angemessener Arbeitsplätze für unsere Mitglieder voranzutreiben.

Rolf Büttner
Vorsitzender Welt, UNI Post und Logistik Global
Union

Neil Anderson
Leiter von UNI Post und Logistik
Global Union

Zusammenfassung

Politik von UNI Post und Logistik Global zu Regulierung, Wettbewerb und Privatisierung

Die Regulierungspolitik gibt UNI und ihren Mitgliedsorganisationen die Chance, für unsere Mitglieder als Beschäftigte, Verbraucher/innen und Bürger/innen zu intervenieren. Da heute Wettbewerb, Deregulierung, Privatisierung und die globale Finanzkrise die Postpolitik lenken, sollten sich UNI und ihre Mitgliedsorganisationen bei ihren ordnungspolitischen Interventionen von den nachstehenden Grundsätzen und Politiken leiten lassen. Vielleicht noch wichtiger ist, dass sie als Grundlage für die Schulung und Mobilisierung unserer Mitglieder bei Kampagnen zur Gestaltung der Postpolitik dienen sollten.

Globale Ziele der Politik von UNI Post und Logistik

UNI verfolgt zwei bedeutende Ziele für eine Postpolitik:

1. Förderung der Arbeitnehmerrechte, eines angemessenen Lebensstandards sowie angemessener Arbeitsplätze im Post- und Logistiksektor.
2. Vorantreibung universaler, erschwinglicher und hochqualitativer Postdienste in einem Umfeld nachhaltiger Entwicklung.

Grundsatzthemen von UNI Post und Logistik

UNI unterstützt folgende Politik für den Postsektor:

Wettbewerb und Universaldienst

Wir sind der Ansicht, dass das beste und effizienteste Mittel zur Erzielung eines erschwinglichen Universaldienstes nicht über Wettbewerb geht, sondern über einen regulierten reservierten Bereich oder ein Monopol. In Ländern, in denen die Postdienste dem Wettbewerb ausgesetzt sind, befürwortet UNI eine Politik, die sicherstellt, dass der Wettbewerb die allgemein verfügbaren erschwinglichen, qualitätsvollen Universalpostdienste nicht unterhöhlt.

Angemessene Regulierung

Die Regulierer müssen klare Funktionen haben, die die vollständige Marktüberwachung aller Betreiber sicherstellen, und sie müssen die entsprechenden Durchsetzungsbefugnisse und -mechanismen erhalten. Die Regulierer müssen für die soziale Regulierung und die Gewährleistung dessen verantwortlich sein, dass alle Betreiber die Kernarbeitsnormen und andere Sozialnormen einhalten. Gewerkschaften, Verbraucher/innen und sonstige Anspruchsgruppen müssen am Regulierungsprozess beteiligt werden.

Langfristige Investitionen und nachhaltige Entwicklung

UNI unterstützt – ungeachtet dessen, ob die Postdienste durch einen herkömmlichen staatlichen Anbieter oder in einem wettbewerbsorientierten Regulierungsrahmen erbracht werden – eine Politik, die das Wachstum gewerkschaftlich organisierter Arbeitsplätze und eine nachhaltige Entwicklung fördert. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Regulierer Wettbewerbsregeln festsetzen

(Preisgestaltung und Lizenzierung), um vielmehr langfristige Investitionen und Beschäftigungswachstum zu fördern, anstatt das gescheiterte Modell des Rosinen pickenden Wettbewerbs zu unterstützen. Investitionen in die neue Technologie müssen Möglichkeiten für Schulung und Kompetenzverstärkung für die bestehenden Arbeitskräfte einschließen. UNI unterstützt die Erforschung und Entwicklung im Zusammenhang mit neuen, innovativen Postprodukten, die die langfristige Leistungsfähigkeit der Postdienste fördern.

Grenzüberschreitende Investitionen und Gewerkschaftspolitik

Die Globalisierung ist ein Faktum. UNI befürwortet eine Globalisierung des Kapitals, die die Arbeitnehmerrechte, die Beschäftigungsmöglichkeiten und sonstige öffentliche Interessen wie die Bereitstellung des Universaldienstes ausbaut. UNI handelte globale Abkommen aus, in denen sich globale Zustellunternehmen verpflichten, die Arbeitnehmerrechte zu achten, die ein wichtiger Mechanismus zur Gestaltung der Globalisierung in Richtung dieser sozialen Ziele sind. Handelsabkommen wie das GATS müssen einen angemessenen Schutz der Arbeitnehmerrechte, Transparenz, Achtung des demokratischen Entscheidungsprozesses und sonstigen Schutz der öffentlichen Interessen vorsehen. UNI und ihre Mitgliedsorganisationen müssen sich nicht nur für die Gewährleistung angemessener innerstaatlicher Rechtsvorschriften und Verordnungen einsetzen, sondern auch darauf hinarbeiten, dass die örtlichen und nationalen Gesetze und Verordnungen im Bereich der Post und Logistik eingehalten und nicht durch internationale Handelsabkommen verdrängt werden.

Privatisierungspolitik

UNI und ihre Mitgliedsorganisationen sollten jede Privatisierungsinitiative nach folgenden Kriterien beurteilen und sich bemühen, dafür zu sorgen, dass die Interessen der Beschäftigten wahrgenommen werden: Schützt sie die Arbeitnehmerrechte? Erhält sie den Lebensstandard und die stabile Beschäftigung der Beschäftigten aufrecht? Wird sie einen gerechten, qualitativvollen Dienst schützen? Ist der Preis angemessen, und zieht die Gesellschaft Nutzen aus der Privatisierung?

Politik bezüglich der Unternehmensführung

Der Postsektor muss über angemessene Führungsmechanismen verfügen, die sicherstellen, dass die Beschäftigten ein Mitspracherecht in den Vorständen der Postunternehmen und Postregulierer haben. Ein Mitspracherecht im Betrieb ist von wesentlicher Bedeutung für die Förderung von Qualitätsdienstleistungen.

1. Einleitung

Die Mitgliedsgewerkschaften von UNI Post und Logistik Global Union haben einen bedeutenden Beitrag zur Debatte rund um die Fragen des Wettbewerbs, der Liberalisierung und der Regulierung im globalen Zustellsektor zu leisten. Die jüngsten Entwicklungen im Sektor waren zwar nicht ihr Werk, doch sind es unsere Mitglieder, die die Belastung infolge der Neuanpassungen zu tragen haben. Die Veränderungen bei Beschäftigung und Qualifikationsanforderungen werden von der Notwendigkeit angetrieben, die Herausforderungen eines neu liberalisierten Marktes für Postdienste vor dem Hintergrund rückläufiger Postvolumen und einer schweren globalen Finanzkrise zu bewältigen.

Diese Aufgabe wird dadurch noch erschwert, dass die vorherrschende Meinung bei der WTO oder der Europäischen Kommission und sonstigen internationalen Organisationen, die Einführung des Wettbewerbs in Teile des Postsektors als Lösung ‚sui generis‘ des Problems ansieht, mit denen der Sektor zu kämpfen hat. Dieses Vorurteil ist sowohl in wirtschaftlicher als auch sozialer Hinsicht äußerst bedenklich. Es beruht auf der Unfähigkeit, zwischen Bedarf und Nachfrage zu unterscheiden oder zu entscheiden, wie der Bedarf am besten in eine Nachfrage umgewandelt werden kann. Die Gewerkschaften bei UNI Post und Logistik sind sich der Bereiche überaus bewusst, in denen der Wettbewerb die Erwartungen der Kunden/innen und Bürger/innen weltweit nicht erfüllte.

Da die UNI-Gewerkschaften darauf abzielen, alle im globalen Zustellsektor Beschäftigten anzuwerben und zu vertreten, ist es wichtig, dass wir in diesem Bereich ein Mitspracherecht haben. Wir plädieren nicht im Besonderen für die ehemaligen, etablierten Unternehmen und hegen keine feindseligen Gefühle gegenüber neueren Konkurrenten. Es ist von größter Wichtigkeit, den Regulierern, öffentlichen Bediensteten, Parlamentariern und Regierungen ein logisch aufgebautes Argument zu liefern, wo der Wettbewerb wichtige soziale Ziele nicht erfüllte, insbesondere wenn diese Ziele von den Regierungen und Organisationen, bei denen wir diesbezüglich vorstellig werden, mehr oder weniger gebilligt wurden.

Da nunmehr neue Konkurrenten infolge der Liberalisierung und der Neuerungen bei elektronischen Dienstleistungen auftreten, müssen wir uns an die wesentlichen Elemente erinnern, die der Verpflichtung zu einem Universalpostdienst nach wie vor zugrunde liegen. Wir müssen diese wesentlichen Elemente angesichts der modernen Technologie und der neuen Dienstleistungen neu interpretieren. Die Informationswirtschaft verstärkt tatsächlich den Bedarf der Kunden/innen und Bürger/innen, Zugang zu globalen Zustellnetzen zu erhalten. Die Demokratie fordert, dass alle Bürger/innen an der Gesellschaft teilhaben und eine uneingeschränkte Rolle in dieser spielen können und sowohl auf elektronischem Weg als auch über physische Zustellmechanismen Zugang zu Regierung, Industrie und Nichtregierungsorganisationen haben. Es obliegt dem globalen Postsektor, dafür zu sorgen, dass wir über die Netze und Systeme verfügen, um Kunden/innen und Bürgern/innen aller Länder auf erschwingliche und effiziente Weise Dienstleistungen zu erbringen.

2. Die Ziele der Politik von UNI Post und Logistik

Die hauptsächlichen Ziele der Politik von UNI Post und Logistik Global Union sind es, für einen effektiven Schutz der Rechte und des Lebensstandards der Beschäftigten zu sorgen und das Wachstum angemessener Arbeitsplätze im Postsektor zu fördern. Zugleich haben wir die Aufgabe übernommen, die Bereitstellung eines erschwinglichen, qualitativvollen Universaldienstes in einem Umfeld nachhaltiger Entwicklung voranzutreiben.

Qualitätsdienste und Qualitätsarbeitsplätze

Bei der Erhaltung von Qualitätsdienstleistungen und Qualitätsarbeitsplätzen gibt es zwei hauptsächlichen Schwierigkeiten. Die erste betrifft die Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Netzes, wenn ein kostengünstiger Dienst hohe Postsendungsvolumen und Kosteneinsparungen voraussetzt. Ein absahnender oder Rosinen pickender Wettbewerb in den Zustelldiensten droht das Volumen zu reduzieren und alle Unternehmen im Sektor zu zwingen, aufgrund geringerer Kosten zu konkurrieren, um ihre festen Netzkosten zu decken. Das Ergebnis ist eine reduzierte Qualität. Dies führt zu einer zweiten Schwierigkeit. Da der globale Zustellsektor ein arbeitsintensives Geschäft mit einer bereits niedrigen Vergütungsstruktur ist, was die Unternehmen zu Kostensenkungen zwingt, um zu konkurrieren, bedeutet dies zwangsläufig, dass die bereits minimalen Entgelte und Bedingungen nach unten gedrückt werden und die bereits unzulänglichen Arbeitsbedingungen sich verschlechtern.

Ein wichtiges Anliegen für die Regulierer muss sein, dafür zu sorgen, dass die Betreiber angemessene soziale Verpflichtungen erfüllen. Dies ist klar ein Bereich, in dem eine Regulierung erforderlich sein wird,

damit die Unzulänglichkeiten des einfachen Wettbewerbsansatzes die Unternehmen nicht in eine Abwärtsspirale eines Wettbewerbs um geringer Entgelte drängen. Die Regulierung ist auch wesentlich für die Erhaltung eines finanziell leistungsfähigen Universaldienstbringers.

Die Mängel des Wettbewerbs

Das Grundprinzip hinter dem Wettbewerb als Grundlage für die Bereitstellung von Postdiensten ist recht einfach, aber falsch: Es nimmt an, dass ein Netzdienst wie die Postdienste wie jeder andere Dienst behandelt werden kann. Es müssen nur die Hindernisse für den Zugang beseitigt werden, und ‚der Markt wird den Dienst erbringen‘. Dies trifft zwar für die meisten Güter und Dienstleistungen klar zu, doch gibt es Bereiche in den globalen Zustelldiensten, in denen diese Annahme aus logistischen, geografischen oder gesellschaftlichen Gründen nicht gilt.

Ländliche Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte – und städtische Gebiete mit geringen Einkommen und geringer Postvolumendichte – sind seit jeher schwierig zu bedienen. Die bloße Marktöffnung wird nicht garantieren, dass Dienstleister auftauchen, die bereit sind, Post zuzustellen. Dieses ‚Marktversagen‘ ist in den meisten Entwicklungsländern der Welt ebenso offensichtlich wie in den Industrieländern. Der Großteil des afrikanischen Kontinents war beispielsweise auf einen Universalpostdienst angewiesen, um jede Art von Verständigung aufrechtzuerhalten, während die enormen Gebiete Nordamerikas, von den Innenstädten von Los Angeles und Miami bis in die ländlichen Provinzen Kanadas, an einem deregulierten Postmarkt den Postdienst verlieren würden.

Angesichts der derzeitigen Welle marktgetriebener Initiativen wurden die Lösungen für die Probleme der ländlichen und anderer dünn besiedelter Gebiete nicht in vollem Umfang durchdacht. Es ist mit Sicherheit schwerlich anzunehmen, dass der Wettbewerb im Zustellnetz eine bedeutende Rolle bei der Verbesserung der Dienstleistungen für Menschen spielen wird, die sich in dieser Lage befinden. Wenn wir die Notwendigkeit einer neuerlichen Prüfung der Definition des Universaldienstes betrachten, um den Zugang zu allen Dienstleistungen der Informationsgesellschaft auf angemessene Weise bereitzustellen, wird dieses Problem noch größer. Wenn wir die Art Weltgesellschaft schaffen sollen, die wir wünschen, wird ein Bedarf an effizienten, flächendeckenden Zustelldiensten vorhanden sein. Dies bedeutet nicht und wird nicht bedeuten, dass es heute oder in absehbarer Zukunft in allen Ländern eine reale wirtschaftliche Nachfrage nach diesen Diensten gibt oder geben wird. Es ist die entscheidende Diskrepanz zwischen Bedarf und Nachfrage, die vielen der Schwierigkeiten zugrunde liegt, einen Universaldienst bereitzustellen.

Internationale Postdienste enthalten wegen Vereinbarungen, die zwischen den zumeist einzelnen Unternehmen an jedem Ende geschlossen werden, ein Element des Monopolgewinns. In den Entwicklungsländern werden diese Gewinne verwendet, um die inländischen Postdienste zu garantieren. Die Einführung des Wettbewerbs und der Zusammenbruch der Preise auf den gängigsten Strecken wurden im Allgemeinen als einer der Vorteile des Wettbewerbs für die Kunden/innen angesehen. Für die ärmeren Länder, die auf gegenseitige Monopolgewinne aus den internationalen Zustelldiensten angewiesen sind, um ihre inländischen Systeme zu subventionieren, zieht der Wettbewerb als Begleiterscheinung hohe Sozialkosten nach sich.

3. Universaldienst

Der Universaldienst wurde konzipiert, um sicherzustellen, dass alle Zugang zu einem gleichen Standard-Postnetz haben und dass der Dienst für alle erschwinglich ist. Der Universalpostdienst wird seit langem als Recht aller Bürger/innen akzeptiert, und dieses Recht sollte erhalten und verbessert werden. Die Kosten für die Bereitstellung des Universaldienstes in ländlichen Gemeinschaften und Entwicklungsländern können nur getragen werden, wenn die Postbetreiber in der Lage sind, ihre Kostenstrukturen aufgrund hoher Volumen im gesamten Postnetz wirksam einzusetzen. UNI Post und Logistik lehnt jeden Vorschlag ab, dass die Kosten für die Bereitstellung eines Universaldienstes auf kleine Kostenstellen verteilt werden können. Ein finanzierbarer Universaldienst beruht auf der Voraussetzung, dass die Kosten für den Versand einer Basispostsendung ungeachtet des Standorts in einem bestimmten Land gleich sein sollten und dass die Kosten die Gesamtkosten für die Zustellung von Briefen auf nationaler Ebene reflektieren sollten. Die einzige Lösung ist ein reservierter Bereich, der ausreichende Postvolumen sicherstellt, die für die Erleichterung von Kostensenkungen erforderlich sind, um die geringsten Kosten zu erzielen.

Die Regierungen sollten verlangen, dass das Postnetz für alle, nicht nur die Reichen in ihrem Land erschwinglich ist. Selbst mit einem reservierten Netz, das geringere Kosten generiert, müssen die Regierungen die Subventionierung der Zustell- und Abholnetze unterstützen, um zu gewährleisten, dass ein

allgemein verfügbarer Zugang vorhanden ist, um es allen Bürgern/innen zu ermöglichen, das Postnetz problemlos in Anspruch zu nehmen.

Auch die Qualität des Universaldienstes ist wichtig: Es sollte ein sicherer, zuverlässiger Dienst an jedem Werktag verfügbar sein. Die Garantie eines Qualitätsdienstes ist nicht nur wesentlich, um die Kunden/innen zufriedenzustellen, sondern auch für die Kostenkontrolle – hohe Qualität fördert die Nutzung der Postnetze und unterstützt die Förderung von Kosteneinsparungen. Ein qualitätsvoller Kundendienst setzt daher die Aufrechterhaltung angemessener Normen voraus, die die Sicherheit der Postsendungen sowie regelmäßige Zustell- und Abholzeiten regeln. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer Preisstruktur, die es ermöglicht, einen angemessenen Dienst zu erbringen. Der Wettbewerb drückt zwar mitunter den Preis, doch kann er die Dienstleistungsqualität auch in einer Weise beeinträchtigen, die ihm selbst schadet.

Wir sind der Ansicht, dass ein angemessen regulierter reservierter Bereich das effizienteste Mittel für die Finanzierung der Universalpostdienste ist – die Postmonopole in Nordamerika erleichterten einen Qualitätsdienst mit Postgebühren, die zu den erschwinglichsten der Welt gehören. Wenn eine Finanzierung durch die Regierung oder die Gemeinschaft notwendig ist, um einen qualitätsvollen Universaldienst aufrechtzuerhalten, muss sie transparent, verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sein. Die Kosten, die bezuschusst werden, sollten objektiv berechnet werden und überprüfbar sein.

Stellungnahme von UNI zum Universaldienst

- UNI ist der Ansicht, dass ein angemessen regulierter reservierter Bereich das effizienteste Mittel für die Finanzierung der Universalpostdienste ist.
- UNI unterstützt in jeder Nation eine Regulierungspolitik, die vielmehr Investitionen und Universalzustelldienste als den Wettbewerb auf Kosten der Investitionen und Dienstleistungen fördert.
- Die Regulierung muss absolute Priorität erhalten, um die Universaldienstverpflichtung zu wahren.
- Der Zugang zu allen Dienstleistungen an Werktagen ist die Mindestnorm (mit den akzeptierten geografischen Ausnahmen).
- Jedes Unternehmen im Postsektor muss einer Qualitätsüberwachung unterliegen, ungeachtet dessen, ob es ein Universaldienstbringer ist oder nicht, und bei Nichterfüllung der Qualitätsvorgaben Geldstrafen unterliegen.
- Es sollte allgemeine und einheitliche Preise für die Briefpost geben, um die Erschwinglichkeit im Verhältnis zum Durchschnittsentgelt der Landesbevölkerung sicherzustellen, und es sollte keine ortsabhängige Preisgestaltung geben. Die Postgebühren sollten unter Aufsicht einer nationalen Regulierungsbehörde berechnet werden.
- Die Sicherheit der Postsendungen muss von höchster Bedeutung sein, und die Regulierung muss sicherstellen, dass alle Unternehmen eine angemessene Sicherheitsüberprüfung der Beschäftigten im Postsektor einhalten.
- Die Arbeitsplätze beim Universaldienstbringer müssen qualitativ sein, um engagierte Beschäftigte anzuziehen, für die der Dienst an der Öffentlichkeit im Mittelpunkt steht.
- Innovative Produkte und Dienstleistungen müssen in die Universaldienstverpflichtung eingeschlossen werden, nachdem die Nachfrage der und die Vorteile für die Gesellschaft nachgewiesen sind.

4. Angemessene Regulierung

Die Regulierer müssen klare Funktionen haben, die die uneingeschränkte Marktüberwachung aller Betreiber sicherstellen und dem Regulierer angemessene Durchsetzungsmechanismen in die Hand geben. Es kann nicht sein, dass nur der herkömmliche oder beherrschende Betreiber am Markt gezwungen ist, Dienstleistungs- und Qualitätsnormen zu erfüllen, während andere Betreiber unlauteren Wettbewerb betreiben können. Die Regulierer müssen die Befugnis erhalten, dafür zu

sorgen, dass jedes Unternehmen im Postsektor einer Qualitätsüberwachung unterliegt, ungeachtet dessen, ob es ein Universaldienstbringer ist oder nicht. Wenn der/die Universaldienstbringer wegen unterlassener Erfüllung der Qualitätsvorgaben Geldstrafen unterliegt/unterliegen, so muss dies auch für jedes Unternehmen im Postsektor gelten. Die Regulierer müssen in der Tat gerecht sein und gleiche Normen anwenden.

Die Regulierer müssen nicht nur die kommerziellen Interessen mit denjenigen der Verbraucher vereinbaren, sondern auch für die soziale Regulierung verantwortlich sein, um zu gewährleisten, dass alle Betreiber angemessene Sozialnormen einhalten. Wenn ein Sozialabbau vermieden werden soll, müssen die Regulierer an der Aufstellung von Marktnormen beteiligt werden, zu denen die Normen für die Beschäftigungsbedingungen gehören sollten. Die Regulierer sollten die Anforderung für alle Postbetreiber, die Kernarbeitsnormen einzuhalten und die Rechtsvorschriften über das Mindestentgelt zu befolgen, um nachzuweisen, dass sie sich nicht an Sozialabbau beteiligen, in die Lizenzierungsverfahren aufnehmen.

In Deutschland und in den Niederlanden waren leider Fälle von Sozialabbau festzustellen – wobei die Konkurrenten weniger als das Mindestentgelt zahlten und andere Sozialnormen verletzten. Dies sind nicht nur erstklassige Beispiele für Sozialabbau, sondern auch für unlauteren Wettbewerb gegenüber den herkömmlichen Betreibern. Letztere sind sozial verantwortlich, zahlen ein angemessenes Entgelt und erhalten annehmbare Arbeitsbedingungen aufrecht, sind jedoch unlauterem Wettbewerb seitens anderer Betreiber ausgesetzt, die die Mindest- und Sozialnormen bezüglich Entgelt und Beschäftigungsbedingungen nicht einhalten. Die Regulierer müssen Befugnisse erhalten, um unlauteren Wettbewerb zu untersuchen und die Postbetreiber zu bestrafen, die die anerkannten Sozialbedingungen für ihre Beschäftigten, beispielsweise bezüglich des Mindestentgelts, nicht einhalten.

Die Regulierer müssen auch frei von politischer oder kommerzieller Einmischung sein. UNI befürwortet den Grundsatz, dass die Regulierer unabhängige Führungsgremien haben müssen. Diese Gremien, die den Anliegen der Regierung nachkommen, die Interessen der Kunden/innen und der Bürger/innen schützen und sicherstellen, dass die Rechtsvorschriften für die Postdienste eingehalten werden, sollten nicht von Regierungen oder Postbetreibern am Markt beeinflusst werden. Um diese Bedingungen zu erleichtern, muss der Regulierer stark sein, und seine Tätigkeit und die Entscheidungsprozesse müssen transparent sein und mittels gerichtlicher Überprüfung angefochten werden können. Er muss auch so errichtet werden, dass er finanziell unabhängig ist.

Zur Verwirklichung dieser Ziele müssen Gewerkschaften, Verbraucher und sonstige Anspruchsgruppen am Regulierungsprozess und an der Leitung der Regulierer beteiligt werden. Ein ausgewogenes Regulierungssystem kann nur unter Einbeziehung der Ansichten der Anspruchsgruppen in die Arbeit der Regulierer erreicht werden.

Stellungnahme von UNI zur angemessenen Regulierung

- UNI unterstützt in einem wettbewerbsorientierten Regulierungsrahmen eine Regulierungspolitik, die das Wachstum gewerkschaftlich organisierter Arbeitsplätze und die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen fördert. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Regulierer die Wettbewerbsregeln festsetzen (Preisgestaltung, Überwachung, Qualitätsindikatoren und Lizenzierung), um vielmehr langfristige Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, anstatt das gescheiterte Modell des Rosinen pickenden Wettbewerbs zu fördern.
- Alle Unternehmen, die eine Lizenz für die Erbringung von Postdiensten innehaben, müssen gleiche Sozialbedingungen bieten, die auf einem gerechten und angemessenen Entgelt beruhen.
- Die Regulierer müssen nicht nur für die kommerziellen Interessen und diejenigen der Verbraucher, sondern auch für die soziale Regulierung verantwortlich sein und gewährleisten, dass alle Betreiber angemessene Sozialnormen einhalten.
- Betreiber, die eine Betriebslizenz erhalten haben, müssen eine Verpflichtung zu Investitionen ausweisen können.
- Die Regulierer müssen unabhängige Führungsgremien haben.

- Die Regulierer müssen sicherstellen, dass alle Rechtsvorschriften für die Postdienste von allen Betreibern eingehalten werden – sie sollten unabhängig und von der Regierung oder den Postakteuren am Markt unbeeinflusst sein.
- Die Regulierer müssen Befugnisse haben, um die angemessene Durchsetzung der Postgesetze sicherzustellen.

5. Langfristige Investitionen und nachhaltige Entwicklung

Um einen leistungsfähigen und nachhaltigen globalen Zustellsektor aufrechtzuerhalten, müssen wir eine Politik verfolgen, die das Wachstum gewerkschaftlich organisierter Arbeitsplätze und eine nachhaltige Entwicklung fördert. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Regulierer die Wettbewerbsregeln festsetzen (Preisgestaltung und Lizenzierung), um vielmehr langfristige Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, anstatt das gescheiterte Modell des Rosinen pickenden Wettbewerbs zu fördern. Regeln aufzustellen, die es lediglich den Konkurrenten ermöglichen, kleine, hochrentable Teile des Geschäfts abzusaugen, wird nicht Wachstum und langfristige Investitionen, sondern lediglich einen eskalierenden Kostensenkungskrieg fördern, der zu einer Verringerung der Qualitätsnormen und einem Wettlauf nach unten bei den für die Beschäftigten im Sektor geltenden Sozialnormen führen wird. Die globale Zustellung ist ein arbeitsintensives Geschäft, und ohne ein Regulierungsumfeld, das neue Dienstleistungen und Innovation fördert, kann der Wettbewerbsvorteil nur durch Lohnkürzungen erzielt werden – eine Strategie, die für UNI Global Union völlig inakzeptabel ist.

Die neue Technologie wird zwangsläufig ein Bereich sein, in dem die Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil anstreben werden. Die globale Zustelltechnologie entwickelt sich in raschem Tempo. UNI begrüßt zwar die technologische Innovation, fordert jedoch auch, dass die Einführung der neuen Technologie mit angemessener Anhörung und Verhandlungen über ihre Umsetzung einhergeht. Investitionen in die neue Technologie müssen Schulung und verbesserte Chancen für eine Kompetenzverstärkung für die bestehenden Arbeitskräfte einschließen.

Zur Förderung des Wachstums im globalen Zustellsektor unterstützt UNI die Erforschung und Entwicklung neuer, innovativer Postprodukte, die die langfristige Leistungsfähigkeit der Postdienste fördern.

Die nachhaltige Entwicklung ist eine Frage, die sich die internationale Gemeinschaft zunehmend zu eigen macht und die heute für immer mehr Länder hohe Priorität hat. Angesichts der derzeitigen Weltwirtschaftskrise ist die Nachhaltigkeit ein Thema, bei dem UNI und ihre Mitgliedsorganisationen proaktiv sein müssen, um ein angemessenes Niveau an Einfluss auf die Zukunft unseres Sektors aufrechtzuerhalten. Der Umweltschutz ist ein äußerst reales Wahlkampfthema. Wir wollen eine Zunahme der Geschäftstätigkeit im Postsektor sehen, und wenn diese Geschäftstätigkeit rentabel und nachhaltig sein soll, müssen wir Mittel und Wege finden, um aufzuzeigen, dass wir die Umwelt nicht schädigen und ein sozialverantwortliches Geschäft fördern.

Regulierer und politische Entscheidungsträger müssen sich der Notwendigkeit des globalen Zustellsektors bewusst sein, um in nachhaltige Produkte und Dienstleistungen zu investieren und sicherzustellen, dass angemessene Forschungsarbeit über die Nachhaltigkeit geleistet wird und vorbildliche Verfahren ausgetauscht werden. Die Lizenzen für Postbetreiber sollten reflektieren, dass ihre Dienstleistungen nachhaltig und umweltfreundlich sein müssen. Viele setzen eine nachhaltige Entwicklung lediglich mit Klimawandel und Umwelt gleich, doch ist diese Frage weit umfassender, und wir müssen gewährleisten, dass die Politik diese verschiedenen Elemente reflektiert.

Die nachhaltige Entwicklung enthält zahlreiche Dimensionen:

Ökologische Dimension

Die ökologische Dimension schließt Fragen ein wie Klimawandel, Müllentsorgung und Schadstoffbelastung, Energienutzung, Verunstaltung der Landschaft, Lärmbelästigung usw.

Soziale Dimension

Die soziale Dimension umfasst den Umgang mit Fragen der Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, Zugang der Gemeinschaft zu Postdiensten und Initiativen zum Nutzen der Gesellschaft, wie Unterstützung der AIDS-Aufklärung, Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung usw.

Wirtschaftliche Dimension

Die wirtschaftliche Dimension umfasst ethische Geschäftsverfahren, die Bestechung und Korruption untersagen, Bemühungen zur Unterbindung von Geldwäsche, sozialverantwortliche Anlageinstrumente wie Mikrokredite und erschwingliche Geldüberweisungsmechanismen für Arbeitsmigranten/innen.

Die Politik von UNI Global Union reflektiert diese verschiedenen Elemente der Nachhaltigkeit, und wir fordern, dass die Regierungen, politischen Entscheidungsträger, Unternehmensvorstände und Regulierer diese Elemente in die Regulierung des Postsektors einbeziehen. Zudem befassen wir uns mit diesen Fragen in unserer Politik bezüglich der Unternehmensführung und unterstützen Vorschriften und Gesetze zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption.

Stellungnahme von UNI zu langfristigen Investitionen und nachhaltiger Entwicklung

- UNI unterstützt eine Politik, die das Wachstum gewerkschaftlich organisierter Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung fördert.
- UNI begrüßt die technologische Innovation, fordert jedoch, dass die Einführung der neuen Technologie mit angemessener Anhörung und Verhandlungen über ihre Umsetzung einhergehen soll. Investitionen in die neue Technologie müssen Schulung und verbesserte Chancen für eine Kompetenzverstärkung für bestehende Arbeitskräfte einschließen.
- UNI unterstützt die Erforschung und Entwicklung neuer, innovativer Postprodukte, die die langfristige finanzielle Leistungsfähigkeit der Postdienste fördern.
- UNI fordert, dass Regulierer und politische Entscheidungsträger die Notwendigkeit des globalen Zustellsektors berücksichtigen, um in nachhaltige Produkte und Dienstleistungen zu investieren und den Klimawandel durch Investitionen und Austausch vorbildlicher Verfahren über die Umweltpolitik zu bekämpfen.
- UNI besteht darauf, dass Gesetze und Verordnungen erlassen und durchgesetzt werden, um zu gewährleisten, dass sich der globale Zustellsektor an ethische Geschäftsverfahren hält, die Bestechung, Korruption und Geldwäsche verhindern.

6. Grenzüberschreitende Investitionen und Gewerkschaftspolitik

Das Hauptziel von UNI bezüglich der grenzüberschreitenden Investitionen ist es zu gewährleisten, dass sich die Globalisierung des weltweiten Zustellsektors nicht negativ auf die Arbeitsplätze der Beschäftigten, die Arbeitsplatzsicherheit oder die Beschäftigungsbedingungen auswirkt. Liberalisierung und Deregulierung waren ein Katalysator für das Aufkommen verschiedener neuer globaler Zustellunternehmen. Eine der Begleiterscheinungen der Einführung des Wettbewerbs ist, dass sich das Tempo von Fusionen und Akquisitionen im Sektor plötzlich beschleunigt. UNI Global Union fordert, dass dem Schutz der Arbeitsplätze, der Arbeitsbedingungen und der Rentenfonds der Beschäftigten bei der Regulierung dieser Fusionen und Akquisitionen höchste Priorität eingeräumt wird. Die Unternehmen sollten und müssen die Gewerkschaftsrechte achten, wenn sie an Übernahmen beteiligt sind, und anerkennen, dass es wichtig ist, die Interessen der Bürger/innen weltweit angemessen zu achten.

UNI ist zudem darüber besorgt, wie sich die WTO und ihre GATS-Verhandlungen auf die Beschäftigten im globalen Zustellsektor auswirken könnten. Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) zeitigt tiefgreifende tatsächliche und potenzielle Auswirkungen für die Beschäftigten in den globalen Zustelldiensten. Zahlreiche Märkte in aller Welt weisen Handelshemmnisse für Dienstleistungen auf. Im Gegensatz zu Gütern ist der Großteil dieser Hemmnisse hauptsächlich in der inländischen Regulierung der Länder als bei den an der Grenze erhobenen Zöllen vorhanden. Den Ländern steht es zwar frei, im Hinblick auf die nationalen Politikziele zu regulieren, doch ist es der Zweck der Wirtschaftsverhandlungen über Dienstleistungen, eine Regulierung zu vermeiden, die den Handel beschränkt. Somit kann das GATS die Vorschriften des globalen Zustellsektors potenziell vollständig ändern.

Eine ausführliche Beschreibung der Auswirkungen des GATS und der WTO kann von der Website von UNI Post und Logistik heruntergeladen werden unter:

http://www.uniglobalunion.org/Apps/iportal.nsf/pages/20090211_6lcrEn

Die Europäische Kommission richtete zudem eine eigene Website mit detaillierten Informationen über das GATS ein unter: <http://gats-info.eu.int/index.html>

Stellungnahme von UNI zu grenzüberschreitenden Investitionen und Handelspolitik

- UNI und ihre Mitgliedsorganisationen müssen mit der IAO und den Regierungen zusammenarbeiten, um internationale Abkommen zu erreichen, die die Beschäftigten vor den Folgen von Fusionen und Akquisitionen schützen. Wenn Fusionen stattfinden, ist für UNI der Schutz der Beschäftigten vorrangig. Dieser Schutz sollte in einem internationalen Abkommen festgeschrieben werden, das die Parameter für den Schutz der Beschäftigten festlegen könnte, ebenso wie die Wettbewerbsbehörden Parameter für Wettbewerbsregeln für den Fall von Fusionen und Akquisitionen aufstellen.
- Hinsichtlich des Schutzes der Renten beharren UNI und ihre Mitgliedsorganisationen darauf, dass die Regierungen neue Gesetze einführen müssen, die die Renten der Beschäftigten schützen und Rentenfonds garantieren, ungeachtet dessen, was mit dem Unternehmen geschieht. Das Los der Rentenfonds sollte als Erstes berücksichtigt werden, wenn eine Fusion oder eine Akquisition stattfindet oder ein Unternehmen wegen Veräußerung oder Konkurses entflochten wird.
- Wann immer eine Fusion oder Akquisition stattfindet, muss es eine Anhörung sowie Transparenz der Informationen zwischen dem Arbeitgeber und den Gewerkschaften in allen Stadien der Fusion geben, und es müssen Abkommen erreicht werden, um die Tarifverhandlungen im neuen, fusionierten Unternehmen weiterzuführen.
- Die Gewerkschaften in allen WTO-Mitgliedstaaten, ob klein oder groß, sollten sich bemühen, zusammen mit ihren Regierungen ständige Verfahren für eine Anhörung zu WTO-Angelegenheiten einzuführen. Sie haben Anspruch auf laufende, aktuelle Informationen über die Entwicklungen bei den WTO-Verhandlungen über Dienstleistungen und sollten diese fordern.

7. Privatisierung

Die Regierungen streben zunehmend eine Privatisierung an, um den Investitionsbedarf in den Postdiensten zu decken. UNI ist gegen die Privatisierung als Mittel zur Förderung von Investitionen. Es gibt andere Mittel und Wege, mit denen die Regierungen Gelder für die Investitionen beschaffen können, die für die Entwicklung neuer Dienstleistungen und Technologien erforderlich sind. In jedem Fall sollten UNI und ihre Mitgliedsorganisationen jede Privatisierungsinitiative nach folgenden Kriterien beurteilen und sich bemühen, dafür zu sorgen, dass die Interessen der Beschäftigten wahrgenommen werden: Schützt sie die Arbeitnehmerrechte? Erhält sie den Lebensstandard und die stabile Beschäftigung der Beschäftigten aufrecht? Wird sie einen gerechten, qualitätvollen Dienst schützen? Ist der Preis angemessen, und zieht die Gesellschaft Nutzen aus der Privatisierung?

Die meisten Postnetze wurden mit öffentlichen Geldern entwickelt und finanziert, entweder über Steuern, subventionierte Dienste oder direkte staatliche Investitionen. Diese öffentlich finanzierten und unterstützten Dienste sollten nicht ohne angemessene öffentliche Kontrolle veräußert werden. UNI fordert daher, dass jedes Vorhaben zur Privatisierung von Postdiensten Gegenstand eines öffentlichen Referendums oder einer Abstimmung bildet.

Stellungnahme von UNI zur Privatisierung

- UNI ist gegen die Privatisierung als Mittel zur Förderung von Investitionen.
- UNI und ihre Mitgliedsorganisationen sollten jede Privatisierungsinitiative beurteilen, um sicherzustellen, dass die Interessen der Beschäftigten gewahrt werden.

8. Unternehmensführung

Einer der Gründe, weshalb wir die Probleme des Unternehmensbetrugs hervorheben sollten, ist, dass die Ergebnisse von Konkursverfahren häufig die Arbeitsplätze unserer Mitglieder gefährden und Stellenabbau und Entlassungen zur Folge haben.

Die Beschäftigten verlieren nicht nur ihre Arbeitsplätze wegen bankrotter Unternehmen, sondern der betrügerische Preiswettbewerb übt auch enormen Druck auf andere Betreiber aus, die Kosten zu drosseln, um sich den verzerrten Margen ihrer Konkurrenten anzupassen. Deshalb sind absolute finanzielle Transparenz und soziale Unternehmensverantwortung erforderlich.

Es ist wesentlich, dass sich die staatlichen Entscheidungsträger mit den Problemen des Betrugs und des unhaltbaren Preiswettbewerbs befassen. Ein Mittel hierfür ist die Sicherstellung dessen, dass in den Vorständen und sonstigen Führungsgremien Arbeitnehmervertreter sitzen.

Das Engagement bezüglich der Fragen der Unternehmensführung ist nicht neu – doch fordert UNI, dass die Agenda erweitert werden muss, um soziale, ökologische und ethische Fragen einzubeziehen, wobei denjenigen Unternehmen besondere Beachtung zu schenken ist, die verdächtigt werden, ihre Unternehmensverantwortung nicht ausreichend wahrzunehmen. Regierungen, Regulierer und politische Entscheidungsträger müssen anerkennen, dass es der Sinn der Treuepflicht ist zu akzeptieren, dass die soziale und ökologische Leistung der Unternehmen ebenso wie jeder andere Faktor des Kerngeschäfts eine wichtige Quelle für Wettbewerbsbedrohung oder Wettbewerbsvorteil sein kann.

Ein Mittel, mit dem die Beschäftigten ihre Besorgnis über das Unternehmensverhalten hervorheben und dagegen protestieren können, ist die Aushandlung globaler Abkommen mit Unternehmen, um die internationalen Kernarbeitsnormen zu verbessern und aufrechtzuerhalten und die Unternehmen zu einer angemessenen Überwachung durch Dritte zu verpflichten. UNI engagiert sich für die Aushandlung globaler Abkommen mit allen Unternehmen, die im globalen Zustellsektor tätig sind.

Stellungnahme von UNI zur Unternehmensführung

- UNI ist der Ansicht, dass die Zukunft des globalen Zustellsektors von nachdrücklichen staatspolitischen Initiativen abhängt und dass spezifische Maßnahmen entwickelt werden müssen, um eine umfassende finanzielle Offenlegung sicherzustellen und die Beschäftigten und Kunden vor Betrug und Korruption seitens von Direktoren und gehobenen Führungskräften zu schützen.
- UNI beharrt darauf, dass in den Vorständen und sonstigen Führungsgremien Arbeitnehmervertreter sitzen.
- UNI und ihre Mitgliedsorganisationen rufen zur Aushandlung globaler Abkommen mit globalen Unternehmen auf, um die internationalen Kernarbeitsverfahren zu verbessern und aufrechtzuerhalten.

9. Eine Zusammenfassung der Stellungnahmen von UNI Global Union zur Regulierung der Deregulierung

Stellungnahme von UNI zum Universaldienst

- UNI ist der Ansicht, dass ein angemessen regulierter reservierter Bereich das effizienteste Mittel für die Finanzierung der Universalpostdienste ist.
- UNI unterstützt in jeder Nation eine Regulierungspolitik, die vielmehr Investitionen und Universalzustelldienste als den Wettbewerb auf Kosten der Investitionen und Dienstleistungen fördert.
- Die Regulierung muss absolute Priorität erhalten, um die Universaldienstverpflichtung zu wahren.
- Der Zugang zu allen Dienstleistungen an Werktagen ist die Mindestnorm (mit den akzeptierten geografischen Ausnahmen).
- Jedes Unternehmen im Postsektor muss einer Qualitätsüberwachung unterliegen, ungeachtet dessen, ob es ein Universaldienstbringer ist oder nicht, und bei Nichterfüllung der Qualitätsvorgaben Geldstrafen unterliegen.
- Es sollte allgemeine und einheitliche Preise für die Briefpost geben, um die Erschwinglichkeit im Verhältnis zum Durchschnittsentgelt der Landesbevölkerung sicherzustellen, und es sollte keine ortsabhängige Preisgestaltung geben. Die Postgebühren sollten unter Aufsicht einer nationalen Regulierungsbehörde berechnet werden.
- Die Sicherheit der Postsendungen muss von höchster Bedeutung sein, und die Regulierung muss sicherstellen, dass alle Unternehmen eine angemessene Sicherheitsüberprüfung der Beschäftigten im Postsektor einhalten.
- Die Arbeitsplätze beim Universaldienstbringer müssen qualitativ sein, um engagierte Beschäftigte anzuziehen, für die der Dienst an der Öffentlichkeit im Mittelpunkt steht.
- Innovative Produkte und Dienstleistungen müssen in die Universaldienstverpflichtung eingeschlossen werden, nachdem die Nachfrage der und die Vorteile für die Gesellschaft nachgewiesen sind.

Stellungnahme von UNI zur angemessenen Regulierung

- UNI unterstützt in einem wettbewerbsorientierten Regulierungsrahmen eine Regulierungspolitik, die das Wachstum gewerkschaftlich organisierter Arbeitsplätze und die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen fördert. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Regulierer die Wettbewerbsregeln festsetzen (Preisgestaltung, Überwachung, Qualitätsindikatoren und Lizenzierung), um vielmehr langfristige Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, anstatt das gescheiterte Modell des Rosinen pickenden Wettbewerbs zu fördern.
- Alle Unternehmen, die eine Lizenz für die Erbringung von Postdiensten innehaben, müssen gleiche Sozialbedingungen bieten, die auf einem gerechten und angemessenen Entgelt beruhen.
- Die Regulierer müssen nicht nur für die kommerziellen Interessen und diejenigen der Verbraucher, sondern auch für die soziale Regulierung verantwortlich sein und gewährleisten, dass alle Betreiber angemessene Sozialnormen einhalten.

- Betreiber, die eine Betriebslizenz erhalten haben, müssen eine Verpflichtung zu Investitionen ausweisen können.
- Die Regulierer müssen unabhängige Führungsgremien haben.
- Die Regulierer müssen sicherstellen, dass alle Rechtsvorschriften für die Postdienste von allen Betreibern eingehalten werden – sie sollten unabhängig und von der Regierung oder den Postakteuren am Markt unbeeinflusst sein.
- Die Regulierer müssen Befugnisse haben, um die angemessene Durchsetzung der Postgesetze sicherzustellen.

Stellungnahme von UNI zu langfristigen Investitionen und nachhaltiger Entwicklung

- UNI unterstützt eine Politik, die das Wachstum gewerkschaftlich organisierter Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung fördert.
- UNI begrüßt die technologische Innovation, fordert jedoch, dass die Einführung der neuen Technologie mit angemessener Anhörung und Verhandlungen über ihre Umsetzung einhergehen soll. Investitionen in die neue Technologie müssen Schulung und verbesserte Chancen für eine Kompetenzverstärkung für bestehende Arbeitskräfte einschließen.
- UNI unterstützt die Erforschung und Entwicklung neuer, innovativer Postprodukte, die die langfristige finanzielle Leistungsfähigkeit der Postdienste fördern.
- UNI fordert, dass Regulierer und politische Entscheidungsträger die Notwendigkeit des globalen Zustellsektors berücksichtigen, um in nachhaltige Produkte und Dienstleistungen zu investieren und den Klimawandel durch Investitionen und Austausch vorbildlicher Verfahren über die Umweltpolitik zu bekämpfen.
- UNI besteht darauf, dass Gesetze und Verordnungen erlassen und durchgesetzt werden, um zu gewährleisten, dass sich der globale Zustellsektor an ethische Geschäftsverfahren hält, die Bestechung, Korruption und Geldwäsche verhindern.

Stellungnahme von UNI zu grenzüberschreitenden Investitionen und Handelspolitik

- UNI und ihre Mitgliedsorganisationen müssen mit der IAO und den Regierungen zusammenarbeiten, um internationale Abkommen zu erreichen, die die Beschäftigten vor den Folgen von Fusionen und Akquisitionen schützen. Wenn Fusionen stattfinden, ist für UNI der Schutz der Beschäftigten vorrangig. Dieser Schutz sollte in einem internationalen Abkommen festgeschrieben werden, das die Parameter für den Schutz der Beschäftigten festlegen könnte, ebenso wie die Wettbewerbsbehörden Parameter für Wettbewerbsregeln für den Fall von Fusionen und Akquisitionen aufstellen.
- Hinsichtlich des Schutzes der Renten beharren UNI und ihre Mitgliedsorganisationen darauf, dass die Regierungen neue Gesetze einführen müssen, die die Renten der Beschäftigten schützen und Rentenfonds garantieren, ungeachtet dessen, was mit dem Unternehmen geschieht. Das Los der Rentenfonds sollte als Erstes berücksichtigt werden, wenn eine Fusion oder eine Akquisition stattfindet oder ein Unternehmen wegen Veräußerung oder Konkurses entflochten wird.
- Wann immer eine Fusion oder Akquisition stattfindet, muss es eine Anhörung sowie Transparenz der Informationen zwischen dem Arbeitgeber und den Gewerkschaften in allen Stadien der Fusion geben, und es müssen Abkommen erreicht werden, um die Tarifverhandlungen im neuen, fusionierten Unternehmen weiterzuführen.

- Die Gewerkschaften in allen WTO-Mitgliedstaaten, ob klein oder groß, sollten sich bemühen, zusammen mit ihren Regierungen ständige Verfahren für eine Anhörung zu WTO-Angelegenheiten einzuführen. Sie haben Anspruch auf laufende, aktuelle Informationen über die Entwicklungen bei den WTO-Verhandlungen über Dienstleistungen und sollten diese fordern.

Stellungnahme von UNI zur Privatisierung

- UNI ist gegen die Privatisierung als Mittel zur Förderung von Investitionen.
- UNI und ihre Mitgliedsorganisationen sollten jede Privatisierungsinitiative beurteilen, um sicherzustellen, dass die Interessen der Beschäftigten gewahrt werden.

Stellungnahme von UNI zur Unternehmensführung

- UNI ist der Ansicht, dass die Zukunft des globalen Zustellsektors von nachdrücklichen staatpolitischen Initiativen abhängt und dass spezifische Maßnahmen entwickelt werden müssen, um eine umfassende finanzielle Offenlegung sicherzustellen und die Beschäftigten und Kunden vor Betrug und Korruption seitens von Direktoren und gehobenen Führungskräften zu schützen.
- UNI beharrt darauf, dass in den Vorständen und sonstigen Führungsgremien Arbeitnehmervertreter sitzen.
- UNI und ihre Mitgliedsorganisationen rufen zur Aushandlung globaler Abkommen mit globalen Unternehmen auf, um die internationalen Kernarbeitsverfahren zu verbessern und aufrechtzuerhalten.